

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Weich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 192.

Dienstag den 20. August 1930.

88. Jahrgang.

Bezugspreis:

Monatlich in Neuenbürg
M 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst.
inl. Verk. M 1.86 m. Post-
bezugsgeb. Preise freibl.
Preis einer Nummer
10 f.

In Füllen höh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Anstaltsgerinnen
jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Strom-Kasse Nr. 24
C. Weich'sche Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile
oder deren Raum 25 f.,
Reklame-Zeile 80 f.,
Kollektiv-Anzeigen 100
Proz. Zuschlag. Offerte
und Anzeigenentwurf
20 f. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Nachver-
fahrens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifände-
rungen treten sofort alle
früher. Vereinbarungen
außer Kraft.
Gerichtsstand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Nachr. wird keine
Gewehr übernommen.

Westfalen

Wärzburg, 18. Aug. Die Deutsche Bauernpartei wird, nachdem eine Einheitsliste der „Grünen Front“ nicht zustande gekommen ist, mit eigenen Werten in den Wahlkampf ziehen. Als Spitzenkandidat für Baden und für Württemberg wurde Landwirtschaftsminister Dr. Feiler aufgestellt.

Köln, 18. Aug. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hans Kollwitz, der im letzten Jahre seinen Kassenhaltungsamt in Köln hatte, wurde am Samstagabend in einer Wahlversammlung in Köln-Rülheim auf Grund eines von Berlin kommenden Parteibefehls festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Landespartei der D.D. Zentrumspartei.

Am 17. Aug. Unter überaus zahlreicher Beteiligung aus dem ganzen Lande und allen Gesellschaftsklassen der Bevölkerung trat heute der Landesparteitag der D.D. Zentrumspartei zusammen, um die kommende Reichstagswahl vorzubereiten und den Wahlkreisvorsitz des Zentrums für Württemberg und Hohenzollern zu beschließen. Nach einer Begrüßungsansprache des Landesvorsitzenden, Justizminister Dr. Berger, in welcher er auf die Bedeutung der Tagung hinwies, sprach zunächst Staatspräsident Dr. Holz über die politische Lage. Er betonte eingangs seiner Rede, daß es heute nicht angehe, dem Volk die Parteien über unsere Lage vorzuenthalten. Wer dies tue, sei ein Lügner und Feigling. Es gehe heute um die Finanznot von Staat und Gemeinde, um die Wirtschaftsnote unseres Volkes und um die Kulturnot. Diese Note werden den politischen Kurs der nächsten Jahre bestimmen. Das Reich wüßte nicht mehr, so führte der Redner aus, wie es die Ausgaben von einem Etat zum andern finanzieren wolle. Das war die Zeit der sozialistischen geführten Regierung, in der die Sozialdemokratie Kanzler, Finanz- und Arbeitsminister stellte. Wie kam es, daß eine Regierung solange zuwarten konnte, um endlich die Finanznot anzuwenden, sie dem Volke offen aufzuzeigen, das Parlament zur Klärung zu zwingen? Man hat die Kontrolle gebraucht, zuerst die Pariser und Jänner Verhandlungen abzuwarten, um zu erfahren, was Deutschland nach dem Youngplan zahlen muß, um an die Finanzreform heranzugehen, als ob wir dem Ausland etwas hätten verheimlichen können. Es wäre blödsinnig gewesen, sobald man merkte, daß es nicht mehr geht, offen heraus zu treten und Ordnung zu schaffen. Die Sozialdemokratie darf wirklich in diesem Wahlkampf nicht als Partei auftreten, die den nötigen Sinn und das nötige Verantwortungsbewußtsein für die Ordnung und finanzielle Dinge gezeigt hätte. Erst vor Weihnachten 1929 habe man teilweise das Problem in Angriff genommen. Raum sei die kleine Sanierung der Finanzen beschlossen gewesen, dann kam der Kampf um den Youngplan. Das Zentrum habe verlangt, erst Ordnung der Youngplansentscheidung, Merkwürdig sei gewesen, daß für diese Forderung bei den anderen Parteien kein Verständnis vorhanden gewesen sei. Der Redner behandelte dann die Notverordnung und die Auflösung des Reichstags und ging über zur Frage der Steuerbelastung des Volkes. Man müsse sich bewußt sein, daß die normalen Steuern nicht mehr erhöht werden dürften, sondern daß man alles tun müsse, sie zu erniedern. Auch die vorhandenen Ausgaben seien auf die Dauer nicht mehr zu tragen, wenn nicht das Reich und die Wirtschaft zusammenbrechen sollen. Man müsse versuchen, wo man einsparen könne, herunterzufahren. Zum Schluß mahnte Dr. Holz zur Einigkeit und Geschlossenheit im Zentrum. Anschließend berichtete Justizminister Berger über die im Laufe des Jahres geführten Beratungen und legte dem Parteitag die vorgeschlagene Kandidatensliste vor, die einstimmig gebilligt wurde. Der Wahlkreisvorsitz der Zentrumspartei für Württemberg und Hohenzollern lautet: 1) Staatspräsident Dr. Holz, 2) Oskar Jahn, 3) Dürren, 4) Guts, 5) Preisrevisor, 6) Johannes Groß, 7) Verbandsgeschäftsführer, 8) Franz Wiedenmeier, 9) Gewerkschaftsleiter, 10) Hermann Ott-Signariner, 11) Ralmermeister und Vorsitzender der Handwerkerkammer, 12) Faber, 13) Kuhn, 14) Kauter, 15) Gmünd, 16) Jungbauer, 17) Frau Luise Witt-Stuttgart, 18) D.D., 19) Bezirksnotar Eichhorn-Damminger, 20) Dr. Geines, 21) Landesgeschäftsführer des Bauvereins, 22) Schleim-Unterbohligen, 23) Kaufm. Angestellter. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Pfeilmayer-Raital hat auf eine Wiederwahlstellung verzichtet. Nachdem an Stelle des amtierenden Reichstagspräsidenten Andre Parteiführer Stelle über den Wahlkampf gesprochen hatte, konnte der Parteitag von Landesvorsitzenden um 2 Uhr geschlossen werden.

Die Stellung der deutschen Demokraten zur Staatspartei.

Kranzfurt a. M., 17. Aug. Der Landesverband der Demokratischen Partei Ostens trat heute hier zusammen, um zur Gründung der Deutschen Staatspartei und den kommenden Reichstagswahlen Stellung zu nehmen. Landessekretär Dr. Kneuper begründete die Gründung der Staatspartei als notwendig. Daraus erklärte der Vorsitzende der beständigen Landesorganisation der Demokraten, Weider, daß er angesichts der immer gegebenen Lage auf die Kandidatur verzichten müsse. Nach langen, oft lebhaften Auseinandersetzungen, wurde über die Stellung der Demokraten zur Staatspartei eine Resolution angenommen, in der die Stellungnahme des Reichspartei-Konferenzen aus Anlaß der Gründung der Deutschen Staatspartei gebilligt wird.

Minister Dr. Höpfer-Mischoff eröffnet den Wahlkampf der Staatspartei.

Tübingen, 17. Aug. In einer heute veranstalteten Kundgebung des Wahlkreisverbandes Nord der Deutschen Staatspartei sprach der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Mischoff. Nachdem der Redner die gegenwärtige politische Lage geklärt hatte, erklärte er zu den Parteibildungsverhandlungen

Dr. Scholz, es sei falsch, daß er nicht den Kampf gegen die Sozialdemokratie wolle. Abzichen aber müsse er den Gedanken, einen Hindenburgblock gegen die sozialdemokratische Partei zu bilden. Von dem alten Liberalismus sei vieles tot, aber auch manches lebendig, wie das Bekenntnis zu Volksgewissen und Selbstverwaltung, Ablehnung jeglicher Diktatur, der Gedanke der Unternehmerrwirtschaft, des Führertums auch in der Wirtschaft, verbunden mit starker sozialer Verantwortung und dem Gedanke der Verantwortlichkeit, die nur ihrem Gewissen verantwortlich ist und die Freiheit des Geistes. Hieraus ergaben sich Gegenätze zur konservativen Rechts. Nachdem der Redner die letzten Kämpfe um die Handelsverträge gestreift und verschiedene agrarische Schulpöle abgelehnt hatte, erklärte er, daß außenpolitisch eine Einigung mit der Rechtsen eher möglich sei. Wir müssen, so führte er aus, eine aktive Außenpolitik betreiben, deren Schwerpunkt nach dem Osten liegen müsse. Es handelt sich darum, die Ostgrenzen zu sichern und der deutschen Wirtschaft den Weg nach dem Osten freizumachen. Im Donaubereich und in Mitteleuropa liegen große Möglichkeiten für die deutsche Wirtschaft. Wir wollen Völkerverständnis und Verständigung der Völker bei aller Eigenliebe zu unserem Vaterland. Nach Dr. Höpfer-Mischoff sprach der Führer der Deutschen Staatspartei, Arthur Mahraun. Wir haben davon anzugeben, daß wir in Deutschland in einer privatrechtlich-ökonomischen Ordnung leben. Ob uns das gefällt oder nicht, darauf kommt es zunächst nicht an. Wenn dem aber so ist, dann muß man auch den ungeschriebenen und psychologischen Gesetzen dieser Ordnung Rechnung tragen, dann kann man nicht in einer schweren Wirtschaftskrise sozialistische Wirtschafts- und Steuerexperimente machen. Sonst tut man das Entgegengesetzte von dem, was die Stunde drischt, man verneuert und verewigt die Arbeitslosigkeit, anstatt die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzugliedern. Die Arbeitslosenfrage ist in Deutschland neben der Anordnungsfrage der Landwirtschaft und der Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden in der nächsten Zeit das Kernproblem der deutschen Politik. Das Entscheidende in der Arbeitslosenfrage ist die Wiederherstellung des Vertrauens zu Staat und Wirtschaft und in Staat und Wirtschaft, ohne sie wird die Arbeitslosigkeit zur Dauererscheinung.

Sechtes Programm.

Magdeburg, 17. Aug. Generaloberst v. Seeckt, der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Magdeburg-Anhalt, sprach heute vor der volksparteilichen Presse. Wieder sei er niemals parteipolitische Bindungen eingegangen, weil ihn kein Parteiprogramm rechtlich befristete habe. Er halte die Einigung aller national denkenden Deutschen und aller bürgerlichen Parteien im Interesse einer nationalen Weiterentwicklung nach innen und außen für notwendig, ohne dabei nach radikalen Lösungen zu trachten. Man sei wohl an ihn mit radikalen Lösungen herangetreten. Radikale Methoden führten immer zu einem nicht vorauszufehenden Ausgang. Nur aus der Entwicklung der Dinge heraus könne man weiter kommen. Dabei sei durchaus nicht eine unbedingte Erhaltung des gegenwärtigen notwendig und wünschenswert. An gewisse Grundzüge müsse man sich halten. Die Vermischung von Tagesfragen und Grundfragen hält Seeckt für den größten Fehler unserer parteipolitischen Entwicklung, wodurch die bürgerlichen Parteien im Gegensatz zur Sozialdemokratie und den Kommunisten und besonders der Nationalsozialisten immer mehr geschwächt würden. Es sei unzulässig und auf die Dauer unmöglich, gegen Millionen von Arbeitern zu regieren. Die Arbeiterkraft habe das Recht zur Mitarbeit im Staat. Das sei seine Stellung zur Sozialdemokratie. Er gebe die Hoffnung niemals auf, daß man die deutsche Arbeiterkraft zur staatsverhaltenden und nationalen Mitarbeit gewinnen könne. Andererseits sei er ein entschlossener Gegner jeder Einwirkung von außen, zum Beispiel durch die Klassen. Auch gegen Sozialisierung und Subventionierung werde er sich wenden.

Einigung über die Staatspartei-Kandidaten.

Berlin, 17. Aug. Die Pressestelle der Deutschen Staatspartei teilt mit: Der Hauptkandidat der Deutschen Staatspartei, der am Freitag unter dem Vorh. Arthur Mahraun tagte, hat die Vorbereitungsarbeiten für den Reichstagswahlkampf nunmehr abgeschlossen. In den Verhandlungen nahmen außer Minister Höpfer-Mischoff auch Reichsminister Dietrich-Baden und Erich Koch-Weser besonderen Anteil. Ueber die Kandidatenlisten der Deutschen Staatspartei wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt. Sie werden nach abschließender Zustimmung mit den örtlichen Organisationen endgültig aufgestellt und veröffentlicht werden. Unter den führenden Kandidaten befinden sich Persönlichkeiten aus allen Lagern, aus denen Kräfte zur Deutschen Staatspartei geflossen sind, aus der demokratischen Partei, der Volkspartei und Jungdeutschen Bewegung, den Kreisen junger Volksparteiler und ehemaliger deutschnationaler. Neben bisherige erfahrene Parlamentarier tritt gleichberechtigt die junge Generation. Dem Gesicht der Deutschen Staatspartei als einer neuen und jungen Front, die für staatspolitische Reformen in den Kampf geht, trägt die Tatsache Rechnung, daß Arthur Mahraun, der ein Reichstagsmandat abgelehnt hat, außerparlamentarischer Führer der Deutschen Staatspartei ist. Er wird im Wahlkampf zusammen mit den jeweiligen Spitzenkandidaten sprechen.

Herr v. Oldenburg-Jonasson und Eugenberger.

Berlin, 17. Aug. Ueber den Besuch des Kammerherrn Herrn von Oldenburg-Jonasson bei dem Reichsüberwachungsminister Schiele erklärt die „D. A. Z.“ noch folgende interessante Einzelheiten: Herr v. Oldenburg hat Herrn Schiele über die Lage in Ostpreußen unterrichtet, insbesondere über das Zustandekommen seiner Spitzenkandidatur auf der deutschnationalen

Ostpreußenhilfe. Der Kammerherr hat weiter dem Minister Schiele, mit dem er bekanntlich befreundet ist, versichert, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt der Schiele'schen Lagerpolitik stehe, diese Politik auch weiterhin unterstützen werde, und daß er keineswegs eine gegen den Reichspräsidenten gerichtete Politik mitmachen werde. Nach dieser Unterredung lud Herr von Oldenburg auch den deutschnationalen Parteivorstand Eugenberger auf. Es verlautet weiter, daß Geheimrat Eugenberger die Bedingungen Oldenburgs bereits abgelehnt habe, da er andernfalls mit einer von Oldenburg und Schiele geführten Landvollstreckung rechnen mußte. Die endgültige Entscheidung dürfte heute oder in den allernächsten Tagen in Königsberg fallen.

Eine Rede des Reichsinnenministers Dr. Wirth in Götting.

Götting, 18. Aug. Reichsinnenminister Dr. Wirth hielt Sonntagabend im „Tivoli“ in Götting in einer kurz besuchten Wahlversammlung eine Rede, in der er u. a. ausführte, die Zentrumspartei wolle jetzt im deutschen Osten einen großen politischen Aufmarsch vollziehen. Der in diesen düsteren Tagen politische Tat, daß die Reichsregierung ohne Sozialdemokratie und die preussische Regierung mit Sozialdemokraten sich in der Ostfrage geeinigt hätten, sollte es eigentlich ermöglichen, diesen Wahlkampf in solcher Form zu führen, daß nachher auch parlamentarische Arbeit geleistet werden könne. Die Frage, ob die Demokratie in Deutschland möglich ist, sei zu bejahen, wenn alle Parteien die Demokratie wollten. Dr. Wirth sagte weiter, die Sozialdemokratie habe es erst möglich gemacht, daß die heutige Regierung mit den Konservativen zusammenarbeite. Es könne aber sein, daß Breitscheid in der kommenden Regierung nach den Wahlen neben Treuhaus in der Regierung liege. Da das Zentrum kulturpolitisch konservativ sei, habe es die Konservativen freudig begrüßt, die sich nach 12-jähriger Abwesenheit endlich zum Staat bekant hätten. Beim letzten Regierungswechsel seien es die Sozialdemokraten trotz gegenteiliger Behauptungen selbst gewesen, die den Antrag auf Auflösung gestellt hätten. Was hätte da das Zentrum anders machen sollen, als mit der Rechtsen zu gehen, wo die Sozialdemokratie zu stark, zu formal und zu wenig elastisch gewesen sei. Es sei ganz falsch, daß da verschiedentlich behauptet wurde, es bestünde die Absicht, das Wahlalter in Deutschland heranzuführen. Kein Mensch denke im Ernst daran, wenn es auch ein Unfug sei, wenn von Zwanzigjährigen die Politik bestimmt würde. Die ganzen brennenden innerpolitischen Fragen der Finanzierung, der Arbeitslosenfrage, der Arbeitslosenversicherung, ja auch der Erfüllung des Youngplans hingen davon ab, ob die staats-treuen Parteien gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgingen. Im Schlußwort betonte der Minister, daß es eine traurige Erscheinung sei, daß trotz der Senkung der Rohstoffpreise zum Teil unter den Stand der Vorkriegszeit es bis jetzt nicht möglich gewesen sei, eine allgemeine Preissenkungspolitik durchzuführen. Die Wirkung werde sich erst in einigen Wochen zeigen. Er forderte gegebenenfalls, daß auf dem Gebiete des Kartellwesens bei den Marktwarteln etwas geändert müsse. Das niederliegende Gewerbe könne erst wieder voll in Gang gesetzt werden, wenn neue Absatzgebiete gefunden würden. In Deutschland gebe das nur unter Hebung der Kaufkraft. Die Verhandlungen über Einführung ausländischer Kapitalien hingen davon ab, ob die Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge befriedigend gelöst werden könne.

Wahlumgebung der Industrie.

Berlin, 18. Aug. Der Reichsverband der Deutschen Industrie richtet an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in dem es u. a. heißt: Die Entwicklung des letzten Jahres, insbesondere der letzten Monate hat unwiderlegbar gezeigt, zu welchen verheerenden Folgen für Volk, Staat und Wirtschaft eine solche Wirtschaftskrise und Finanzpolitik führt. Die Wirkungen der internationalen Wirtschaftskrise auf Deutschland sind, anstatt durch eine einseitige und zuträufliche Politik gemildert zu werden, im Gegenteil durch ein Verdrängen notwendiger Reformen derart verheert worden, daß das Vertrauen weiter Volk und Wirtschaftskrise zur Staatsführung gelähmt ist und die herrschende Wirtschaftsnote und Arbeitslosigkeit im kommenden Winter die schlimmsten Formen annehmen wird. Ein Wandel ist nur möglich, wenn eine arbeitsfähige und reformwillige Regierung auf breiter Grundlage geschaffen ist. Der Reichsverband der deutschen Industrie richtet daher an seine Mitglieder die ernsthafteste Mahnung, zu dieser Sammlung der aufbauenden Kräfte mit allen Kräften und Mitteln beizutragen. Der Reichsverband erwartet von seinen Mitgliedern, daß sie sich gemäß den Ausführungen, die der Vorsitzende des Reichsverbandes, Geheimrat Däubner, auf der letzten Hauptversammlung gemacht hat, auch aktiv an der Vorbereitung der Wahlen beteiligen. Getreu der staats- und wirtschaftspolitischen Linie, die der Reichsverband seit seinem Bestehen stets befolgt hat, glaubt er, von seinen Mitgliedern fordern zu sollen, da sie ihre Unterstützung durch Mitarbeit und Stimmabgabe nur solchen Parteien zuwenden, die auf dem Boden der Verfassung leben und die unzweifelhaft für die Erhaltung und Entwicklung der Privatwirtschaft sowie für das Privateigentum einreten. Im Rahmen dieser allgemeinen Grundzüge empfiehlt der Reichsverband insbesondere die Unterstützung derjenigen Parteien, die entschlossen sind, bei der Lösung der bevorstehenden Aufgaben die Grundzüge der wirtschaftlichen Reformen zur Geltung zu bringen, alle kollektivistischen Experimente abzulehnen und durch entschiedene Reformen die Grundlagen für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft und damit auch für einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu legen. Im Einklang mit Reformanschauungen, wie sie bereits in den verschiedenen Parteien vertreten werden, fordern wir, daß das Verhältnis zwischen Reich und Ländern mit dem ersten Willen gebrückt



wird, den deutschen Staatsaufbau einfacher, sparsamer und durchsichtiger zu machen. Ebenso muß das geltende Wahlsystem einer Reform unterzogen werden, vor allem unter dem Gesichtspunkt, eine stärkere Verbundenheit zwischen den Wählern und den Gewählten herzustellen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie ist der Auffassung, daß die gegenwärtige Wirtschaft- und Finanznot unter Führung einer starken Regierung nur durch einen Reichstag gemindert werden kann, dessen Mehrheit davon durchdrungen ist, daß diese Grundzüge richtig sind und trotz aller Schwierigkeiten und Unpopulartät durchgeführt werden müssen. In den Reichstag gehören nur Volksvertreter, die das Wohl des Volksganges und des Staates im Auge haben.

Ausland.

Am Sarg Franz Josefs.

Wien, 18. Aug. Am Sonntag fanden in Wien zwei Feiern anlässlich des 100. Geburtstags Kaiser Franz Josefs statt. Die eine wurde von der kaisertreuen Volkspartei in der Hofkirche veranstaltet, wobei eine Gedankfeier stattfand und von Oberst Wolff eine Ansprache gehalten wurde. Die Kirche war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Die zweite Feier, veranstaltet von der legitimistischen Partei mit etwa 300 Mitgliedern, fand am Schwarzenbergplatz statt. Die Teilnehmer zogen zur Kapuzinerkirche, um am Sarge des Kaisers einen Kranz niederzulegen. Während des Marsches stimmten mehrere Personen das alte Kaiserlied an, was ihnen oder von der Polizei untersagt wurde. Bei der Kapuzinerkirche wurde dann das Kaiserlied gesungen und Dochte auf Otto wurden entzündet. Die Polizei führte sofort ein, erwiderte sich aber zu schwach, so daß Verhaftung in zwei Heilbrunnhäuser veranlaßt werden mußte, die die Stunde sofort wieder bereiteten.

Ein Studentenführe verschwunden.

In Brüssel tagt seit einigen Tagen der internationale Studententag der U.S.A., auf dem es bisher schon zu förmlichen Auseinandersetzungen gekommen ist. Auf der Tagesordnung der Montagssitzung stehen die Verhandlungen über die französische Frage, denen man mit besonderer Spannung entgegenblickt, weil seit Sonntag früh der französische Führer Dr. Jellie auf mysteriöse Weise verschwunden ist. Dr. Jellie, der Wissenschaftler an einer Wiener Klinik ist, war vom Präsidenten der U.S.A. als Vertreter des französischen Nationalverbandes der Studenten zur Teilnahme eingeladen worden. Es ist unbekannt, ob Dr. Jellie auf Erlaubnis der französischen Regierung durch die belgische Polizei abgeschoben oder ob er durch Belgrader Agenten verhaftet worden ist.

Kürzung der Arbeitslosenunterstützung in England?

London, 17. Aug. In London findet am Montag eine Konferenz von Kabinetmitgliedern mit Lord George und zwei anderen Liberalen Ministern statt, in der die Kürzung der durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit entstandenen Kosten steht. Die Regierung sieht sich nach der unerwartet schnellen Ueberbreitung der dreimillionen-Grenze der Arbeitslosigkeit früher als erwartet vor die Frage gestellt, entweder durch neue Steuern neue Mittel für die Arbeitslosenunterstützung zu finden, oder durch eine allgemeine Desabteilung der Unterstützungsgelder die Ausgaben zu vermindern. In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Regierung eine Beschränkung der Arbeitslosenunterstützung um 2 Schilling je Woche ernsthaft in Erwägung zieht. Der Arbeitslosenunterstützungsfond ist jetzt bereits um rund 60 Millionen Pfund vergrößert, für die Zinsen bezahlt werden müssen. Liberalen Politikern wird der Plan zugeschrieben, durch Einführung eines Jollausschlages in Höhe von 10 Prozent für alle eingetragenen Fertigmachen neue Einnahmen zu schaffen. Snowden und andere arbeitgeberparteiliche Führer sollen hierin jedoch den ersten Schritt zur Uebernahme des Schutzgeldgebaltens sehen und den Vorschlag daher ablehnen.

Aus Stadt und Bezirk.

Reisenbürg, 18. Aug. Verkaufsmethoden — wie sie nicht sein sollten. Es wird uns geschrieben: Neuerdings reist eine Verkaufsmethode verschiedener auswärtiger Firmen ein, die beim Publikum durchaus keinen Anklang findet. Die Vorkauf bringt eines Tages ein Paket. Der Empfänger, zunächst freudig überrascht über eine Sendung lieber Angehöriger oder Freunde, sieht sich jedoch bald einer Reklameendung gegenüber.

Der Schuß in der Nacht

JAGDLICHER KRIMINALROMAN von H. A. von BYERN
UNVERBÜRDETESCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU
(2. Fortsetzung.)

Mit einem Schläge hatte der Revierförster seine katzenartige Ueberlegung wiedergefunden, jetzt galt es zu handeln, für alles andere war später Zeit. — Natürlich — ein Schuß — ein Schrotschuß und wohl aus nächster Nähe, denn an der rechten Brustseite waren die dicke Ledergewehr und der Kermel förmlich durchdrungen. So vorsichtig wie möglich kniffte Thieme die Jacke und die darunter angelegte Lederweste aus, ein paar harte, kantige Dinger rollten ihm in die Hand — gehärtetes Blei —. Aber von einer eigentlichen Verletzung ließ sich nichts entdecken, das breiterdicke Leder und das zweifach genähte Leder mußten wohl die Kraft des Schusses beträchtlich abgeschwächt haben, denn bloß an den Rippen sehen, dicht unter der Haut, zwei Bleistücken, die sich ganz leicht mit Daumen und Zeigefinger herausdrücken ließen.

„Rein Kermel!“
„Jemoh, Herr Forstmeister — einen Augenblick können Sie sich wohl ein bißchen aufrichten, nur mit dem Oberkörper hier gegen den alten Stubben —, so.“ Der Beamte brachte seinen Bergsacken in eine bequemere Lage. „Und bitte, ich habe hier 'n Budeleichen mit altem Wodol, der trinken der Herr Forstmeister nur mal 'nen Schluck, wie ist denn die Geschichte passiert, hat sich der Drilling entladen?“

„Rein — nein, ich weiß selbst nicht, es war mir, als ob ich mit der Brust gegen irgendeinen Widerstand stieß, einen Draht oder Bindfaden, und da knallte es auch schon, ich fühlte nur einen dumpfen Schmerz — nachher — nachher weiß ich von nichts mehr —.“
„Na, das läßt sich ja später feststellen, jetzt möchte ich erst mal nach dem Kermel sehen. O weh, das scheint böse auszugehen — ja, Herr Forstmeister, da wird wohl alles nichts heißen, ich muß schon den Kermel aufschneiden, so bekomme ich die Toppe nicht herunter.“

Der Alkohol hatte lebend auf den Verwundeten gewirkt. „Rachen Sie's nur, wie Sie denken — an, verdammt, ich glaube weiß Gott, da ist der Knochen kaputt — warten Sie mal, Herr Thieme, in meiner linken äußeren Tasche steht eine Schere, vielleicht geht's damit besser —.“
Der Revierförster gab sich alle Mühe, den Kermel des

mit der er nicht weiß, was anfangen. Die Rechnung liegt bei, mit der Aufforderung, bei Nichtgefallen alles wieder zurückzugeben. In der heutigen Zeit, wo jede Minute kostbar wird, und sei es nur zur Erholung, wird dem Empfänger das zweifelhafte Vergnügen zugemutet, das Paket wieder zu expedieren und er darf obendrein noch das Porto bezahlen. Das geht entschieden zu weit! Es sei hier nur noch bemerkt, daß die Empfänger solcher Pakete nicht die Verpflichtung haben, die Ware wieder zurückzugeben, allerdings vor Ablauf einer gewissen Frist, die sich nach der Art der Waren richtet, auch nicht das Recht, die Ware zu verdrücken.

(Wetterbericht.) Der Einzug eines weithinlichen Hochdrucks hat Aufbesserung gebracht. Für Mittwoch und Donnerstag ist zwar noch mehrfach heiteres, aber noch nicht bedäuniges Wetter zu erwarten.

Herrenab, 18. Aug. (M. Sonderkonzert der Kapellkapelle.) Dieser Obren- und Solistenabend galt den Mitgliedern der Kapellkapelle und brachte dieser künstlerisch hochstehenden Vereinigung unter Leitung von Kapellmeister H. Dunyaczek einen bemerkenswerten Erfolg und künstlerischen Beifall der zahlreichen Zuhörer. Die Sängern leisteten das Zusammenwirken des Kurorchesters in vordringender Kraft und ansehnlicher Führung. Jeder der sechs Solisten leistete auf seinem Instrument ausgesprochenes, jeder wurde zu Freigaben genötigt, und alle mit Namen- und sonstigen Spenden bedacht. Konzertmeister Müller (Violine), Pianist Waller, Cellist Gustav H. Becker, C. Seil (Fagott), E. Felten (Kornete) und D. Owen, ein Tausendfächer, mit dem Pylodion. Das dankbare Publikum unterbricht sich vorzüglich.

Herrenab, 18. Aug. (Sonntagsverleht.) Man hat nach rauhen Regentagen wieder einmal die Sonne gesehen. Kein Wunder, daß alles ins Freie klettert, aus der Dämmerung in die Sonnenwärme. Der Kraftwagenverkehr war so stark, daß es zeitweise in der Olga- und Hermannstraße Stöße Stockungen durch parkende Wagen gab. Der Ausflugsvorkehr in den geräumigen Omnibussen ist in ungläublichem Ausmaß geblieben; eine Statistik über diejenigen, die gehen nur in unserm Schwabenlande „unterwegs“ waren, würde obenstehende Höhen erreichen. Die Schwarzwaldbahn der Württembergischen Zeitung in einer langen Reihe von Ausschichtskommissionen verkehrte vormittags unsern Kurort. Im Munde der Stuttgarter ist das Wetterglück dieser Sonderfahrten sprichwörtlich geworden.

Kaiserslautern, 18. Aug. Am Sonntag den 10. August hielt der Konsumverein im Gasthaus zum „Lohndol“ seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Anwesend waren außer dem Vorstandsvorsitzenden H. Fischer vom Verband mehrerer Konsumvereine anwesend. Punkt 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Fischer, die gutbesuchte Versammlung und ließ die Anwesenden herzlich willkommen heißen; hierauf folgte der Protokoll-Bericht des Schriftführers, H. Broß. Zu Punkt 1 der Tagesordnung (Bericht über das vergangene Geschäftsjahr, wobei es berichtet war, daß der Verein auch in diesem Jahr wieder sehr gute Fortschritte machte, konnte er doch seinen Umsatz von 241000 Mark auf 255000 Mark steigern. Ganz besonders ist die Steigerung in der Bäckerei hervorzuheben. Eben noch im Laufe des Jahres viele Mitglieder zum Beitritt und Willigen Konsumisten gewonnen. In Punkt 2 gab der stellv. Vorsitzende Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses, dabei war ganz besonders zu erwähnen, daß der Verein durch Hausgüterung 60 neue Mitglieder gewonnen hat, der Verein zählt nun 427 Mitglieder. In Punkt 3 Rechnungsbericht über den Vorjahr, wobei die Mitglieder reichlich Aufschluß und Kunde erhielten, daß der Verein trotz des Pandemics vor 3 Jahren ruhig in die Zukunft sehen könne. Hierauf nahm Herr Fischer noch das Wort zu der wirtschaftlichen Lage und Steuerfragen. Zu Punkt 4 Genehmigung des Vorjahres, Verteilung des Reingewinns und Entlastung des Vorstandes schloß die Versammlung vor, den Reingewinn dem Vorstand zu empfehlen, was einstimmig genehmigt wurde. Hierauf konnte der stellv. Vorsitzende dem Vorstand Entlastung erteilen, er dankte dem Geschäftsführer für seine Unkürzbarkeit, ging dann kurz auf die örtlichen Verhältnisse des Vereins ein und mahnte besonders die Säuglinge, mehr als früher den Weg zum eigenen Laden zu gehen. Punkt 5 Resolutions. Es schied von dem Ausschichtsrat aus dem, es fanden zur Wahl: Karl

Jäger, Hr. Jundel, Gust. Seufried. Aus der Mitte der Versammlung wurde vorgeschlagen, die 3 der Affirmation wiederanzuwählen. Die Benannten wurden einstimmig wiedergewählt. Für die beiden ausgeschiedenen Ausschichtsratsmitglieder Strobel und Kübler wurden auf die Beisetzungsperiode von einem Jahr Fritz Mehlner, Maurerpolier, mit 63 und Eugen Haas, Fabrikarbeiter, mit 61 Stimmen gewählt. Punkt 6: Der stellv. Vorsitzende ermahnte die Anwesenden, am Ausbau des Vereins sich aktiv zu beteiligen, weil in Punkt 7 Agitation noch ein großes Arbeitsfeld vorhanden ist. Weiter wurde noch über Markenwahlen und Bekanntmachungen des Vereins gesprochen. In der Hoffnung, daß das Gebörte auf einen guten Boden gefallen sei und daß die Mitglieder auch ferner dem Verein die genossenschaftliche Treue bewahren, schloß der stellv. Vorsitzende die harmonisch verlaufene Versammlung.

Walden, 18. Aug. In der Staatlichen höheren Fachschule für Schlosser und Installateure in Karlsruhe hat Karl H. Lehmann die Meisterprüfung für das Schlosser- und Installateurgewerbe mit bestem Erfolg bestanden. Wir gratulieren.

Württemberg.

Homaringen, 18. Aug. (Wentlingen, 18. Aug.) Von einem Eisenstamm erschlagen.) Von schwerem Leid wurde am letzten Sonntag die Familie des Sägewerksbesitzers Heinrich Koch heimgesucht. Als der Vater und der einzige 18 Jahre alte Sohn Hermann in der Säge beschäftigt waren, schlug ein Eisenstamm dem Sohn auf dem Kopf, was die sofortige Ueberführung in die chirurgische Klinik nach Tübingen notwendig machte. Der hoffnungsvolle Sohn starb schon um 3 Uhr nachmittags.

Beckerheim, 18. Aug. (Schwäbischer Motorradklub — 1. Forder, 1. Schwäbischer.) Am Sonntag nachmittags war Schwäbischer Forder mit seiner Frau in den Bergen. Wegen 5 Uhr wollte er, der früher selbst ein Motorrad gefahren hatte, mit einem dem Schwäbischer Motorradklub angehörigen Motorrad nach Jaitingen, Gontier fuhr selbst mit. Um 2 Kilometer vor Weilerheim geriet ein Unglück, über dessen Ursachen und Dergang noch keine Klarheit herrscht. Ein unfälligerweise von Donauheim kommendes Auto fand bei beiden Verunglückten. Fischer lag bereits tot an einer Treppengrabenkante. Gontier war schwer verletzt. Das Rad war zerstückt. Fischer hatte einen doppelten Schädelbruch am Bruch des Hinterkopfes, Brüche an Armen und Füßen. Gontier war bewusstlos und hatte einen doppelten Beinbruch, ob innere Verletzungen vorhanden sind, ist noch nicht festzustellen. Der Verunglückte war heute früh noch ohne Bewußtsein. So weit sich bis jetzt feststellen läßt, müssen beide mit hoher Wahrscheinlichkeit getötet sein, dabei scheint der Fahrer die Herrschaft über das Motorrad in der an der Sicht weichen Kurve verloren zu haben. Er geriet über die Straße und mit der Verengung an den Schwandrad eines doppelten Teilnahmefalles. Das Rad muß sich gedreht haben, denn die Verunglückten lagen über dem Kopf. Sie mußten förmlich um die Stange herumgewirrt werden, wobei Fischer mit dem Kopf auf die Stange geschleudert wurde. Fischer hinterließ eine Frau und 7 unversorgte Kinder.

Jaitingen, 18. Aug. (Stadtschultheißenwahl.) Bei der dritten Stadtschultheißenwahl haben von 302 Wahlberechtigten 222 — 73,4 Prozent abgestimmt. Davon entfielen auf den bisherigen, benachteiligten Stadtvorstand, Stadtschultheißen, 218 Stimmen, 7 Stimmen waren verstreut, 117 unglücklich. Stadtschultheißen Luis der bereits 20 Jahre hier Stadtvorstand ist und bei der Wahl einziger Bewerber war, ist damit zum drittenmal glänzend zum Stadtvorstand gewählt. Nach der Wahl bereiteten der Gemeinderat, sämtliche städtische Vereine und die Kartellverbände der Gewerkschaften unter Mitwirkung der Stadtpolizei und der beiden hiesigen Gefangenenanstalten die Wählergebnisse in der Stadt. Festhalten eine gemeinsame Vertrauensabgabe.

Kilchbach a. S., 18. Aug. (Petri Feil.) Einen besonders glücklichen Kilchbach machte dieser Tage Feldermeister Peter Enzenmüller; er fing mit dem Maßagen eine Serkante, die das städtische Gewicht von 19 Pfund hatte; ausgenommen mag sie noch über 17 Pfund. Wie alt mag diese Kilchbach wohl gewesen sein?

Baden.

Forstheim, 18. Aug. Ein 23jähriger Goldschmied hatte der Unterhaltungsfrist gegen zwei uneheliche Kinder zu genügen

meine Frau und mein Weib, die beiden werden selbst schlechten Schreck kriegen — — —

Thieme schob den Hut aus der Stirn.
„Weiß der Himmel, daran hab' ich bei all der Aufregung noch gar nicht mal gedacht, und das arme Fräulein Coe, die hängt so am Herrn Forstmeister, ich habe sie so nun vom ersten Tag ihres Lebens an gekannt, und wie sie im vorigen Herbst meine beiden Kleinen gepflegt hat, die den Tophus hatten — so etwas vergißt sich nicht.“
Anfert griff nach seiner Tasche.

„Ach bitte — wissen Sie, ich möchte mir nämlich doch eine Pfeife kaufen, aber mit dem kaputten Vorderlauf geht es nicht; wenn man raucht, merkt man die Schmerzen nicht —.“

Der Revierförster holte sein Zigarrenetui hervor.
„Herr Forstmeister, ich habe grad' noch zufällig einen Zigarettenetui bei mir — so, bitte, hier ist Feuer, und wenn der Herr Forstmeister vielleicht den Rest aus dem Budeleichen austrinken wollen, das hält frisch und warm, nur will ich aber man sich machen, vielleicht ist der Kollege Busch noch auf — — —“

Thieme, dessen über, widerstandsfähiger Körper so leicht keine Ermüdung kannte, setzte sich in Dauerlauf, erst das I-Gestell und dann den Holzabfuhrweg quer durch Jagden 18 entlang, hier konnte er jeden Baum, jeden alten Stubben und hätte sich auch in dunkelster Nacht durchschlagen.
„Wo denn plötzlich zwischen den Sämmen wie ein Glühwürmchen matter Lichtschein aufblinzelte: die Fagottier „Eide“, ein geräumiges, bis über das gestirnte Fagottier mit Feuer übermurdertes Gebäude, an das sich auf der einen Seite die Stallung, auf der anderen eine massive Scheune anschloßen.“

Mit den nächsten Klappern der Revierförster gegen die Scheibe des ebenerdigen Fensters, drinnen schlug ein Hund an, und nun kamen schwere Tritte über den Flur, knirschend drehte sich ein Schäffel.

„Donnerwetter, sind Sie das, Kollege, oder ist's der Geist? Was in aller Welt führt Sie denn zu nachtschlafender Zeit zu mir?“ Busch hielt die Petroleumlampe in der hochgehobenen Rechten und ihr Schein beleuchtete zwei hünenhaft gebaute Gestalt, den breiten, braunen, bis zur Hälfte den Brust reichenden Vollbart, das von Wind und Wetter braun geerbte Gesicht mit der weit vorspringenden Oberlippe den starken Brauen und den hellen, scharfen Augen.
Thieme war ganz außer Atem. (Fortsetzung folgt.)

lung. Gegenwärtig gibt es 35 Wahlkreise. Der neue Entwurf schlägt die Bildung von 192 Wahlkreisen vor mit einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 300 000. Wenn das Wahlalter beibehalten wird, bedeutet das Wahlkreise mit rund 250 000 Wahlberechtigten und eine Prozentige Wahlbeteiligung vorausgesetzt von rund 200 000 Wählern. Diese Wahlkreise ermöglichen eine unmittelbare Beziehung zwischen Wählern und Kandidaten. Von Bedeutung wird es sein, wie in den verfeinerten Wahlkreisen dem Grundlag des Verhältniswahlrechtes Rechnung getragen wird, besonders bei der Zuweisung der Reichstimmern. Denn die Reichstimmern in den Wahlkreisen selbst werden und aufgeteilt werden.

Laßt Hindenburg aus dem Wahlkampf.

Berlin, 18. Aug. Amtlich wird mitgeteilt: In den in einem Teil der Presse aufgetauchten Gerüchten, die den Reichspräsidenten mit der Besprechung zwischen Reichsminister Schiele und dem Kammerherrn von Eldenburg-Januschau in Verbindung bringen oder von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Reichspräsidenten mit dem Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, wissen wollen, wird nochmals festgestellt, daß diese Meldungen in allen Teilen unzutreffend sind. Der Reichspräsident, der zurzeit seinen Urlaub in Dietramszell verbringt, hat keinerlei Schritte in dem behaupteten Sinne getan. Er mißt sich grundsätzlich in keiner Weise in den Wahlkampf ein. Auch seine Erklärung in dem Brief gegen Dr. Goebbels hat keinerlei politische Gründe, sondern ist aus rein menschlichen Erwägungen erfolgt.

Wahlaufruf der Konservativen.

Berlin, 19. Aug. Die konservative Volkspartei — Richtung Schärp-Trevisanus — veröffentlicht jetzt ihren Wahlaufruf. Die Konservativen fordern Wahlfreiheit als die Voraussetzung echter Staatshoheit. Wir dringen auf eine Revision der Triebkräfte, heißt es in dem Aufruf, und auf die Wiedergutmachung der ungerechten Grenzziehung im Osten. Dazu Abklärung der Siegerstaaten zur Herstellung des Rüstungsaußergleichs, Befreiung von jedem moralischen Rastel. Die Reichsregierung soll sich für die Rechte der deutschen Völker einsetzen. Die Partei fordert die Entlassung der Herrschaftspartei für die 3 sächsischen Wahlkreise hat einen einseitigen Wahlvorschlages aufgestellt, für den die Spitzenkandidatur Reichsfinanzler Dr. Brüning übernommen hat.

Trevisanus auf dem toten Punkt.

Berlin, 18. Aug. Die Bemühungen des Ministers Trevisanus zwischen der konservativen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei noch für den Wahlkampf in letzter Stunde eine engere Verbindung herzustellen, scheinen auf dem toten Punkt angelangt zu sein. Wenigstens ist bisher nichts bekannt geworden, daß für die beabsichtigte Zusammenkunft der Herren Trevisanus, Scholz und Sachseberg eine Abrede getroffen sei. Die Besprechung, die Trevisanus in der

verflochtenen Woche mit dem Wirtschaftsparteiler Sachseberg hatte, soll ergeben haben, daß in der Wirtschaftspartei genau die gleichen berufständischen Bedenken gegen ein Zusammengehen vorgeherrschet haben, wie sich das bei der Volkspartei schon gelegentlich der Scholz'schen Sammlungsbestimmungen gezeigt hat. Unter solchen Umständen ist mit dem Zustandekommen eines gemeinsamen Wahlaufrufs der 3 Parteien oder gar darüber hinausgehende Bindungen kaum mehr zu rechnen. Scheidet die Wirtschaftspartei aus dieser Kombination aus, so wäre die dann noch verbleibende Basis, die Konservativen und die Deutsche Volkspartei, zu schmal für ein derartiges Abkommen. Es bleibt demnach höchstens der Versuch, einen Burgfrieden zu stabilisieren, der aber besteht de facto eigentlich bereits. Wenigstens ist, sieht man von einigen Blätterlein ab, die bei den Parteien von Westary bis Koch-Weser deutlich das stillschweigende Bestreben gegenseitiger Duldsamkeit zu bemerken, soweit das im Rahmen eines Wahlkampfes überhaupt möglich ist.

Finanzierung des Wohnungsbaues.

Berlin, 18. Aug. Ein Kundbrief des Reichsarbeitsministers vom 18. August 1930 gibt — in Ergänzung des in der Presse bereits veröffentlichten Schreibens über das zusätzliche Bauprogramm für 1930 — nähere Bestimmungen für die Finanzierung dieses Bauprogramms. Der neue Erlaß betrifft hauptsächlich die Zwischensfinanzierung. Die Vantreditegele 1929 und 1930 ermöglichen es der Deutschen Bau- und Bodenbank AG, in Berlin, für eine Zwischensfinanzierung erste Hypotheken zu beschaffen. Hierdurch wird der heimische Kapitalmarkt wesentlich entlastet. Die Zwischenskredite werden auf ein Jahr, jedoch nicht länger als bis zum 15. August 1931 gewährt. Ihre Verzinsung wird nicht über 7 1/2 Prozent bei voller Auszahlung liegen. Dieser Zinssatz ist in Anbetracht der allgemeinen Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt so günstig, daß den Länderregierungen empfohlen wird, die Inanspruchnahme der Zwischenskredite den Bauherren nahezu legen. Da die Zinsen für das Baupapital eine nicht unwesentliche Rolle spielen, sollen die Zinsbedingungen für die Zwischensfinanzierung vor Genehmigung jeden Bauvorhabens nachgeprüft werden. Voraussetzung für Gewährung der Zwischenskredite ist der Nachweis einer gesicherten Steuerfinanzierung. Einzelheiten über die Bedingungen der Zwischenskredite und ihre Sicherung sind bei der Deutschen Bau- und Bodenbank und ihren Zweigniederlassungen zu erfragen. Im übrigen haben die Bauherren für die Beschaffung der ersten Hypotheken — und mit Ausnahme der Reichsbauarlehen — auch für die Restfinanzierung zu sorgen. Im Hinblick auf die Erreichung einer möglichst billigen Verzinsung des Baupapitals enthält der Erlaß die Weisung, daß Reichsbauarlehen keinesfalls gewährt werden dürfen, falls die Zins- und Tilgungsbedingungen für die aus dem privaten Kapitalmarkt entnommenen Hypotheken ungünstiger liegen als die zurzeit üblichen Sätze der führenden Institute des privaten und öffentlichen Realcredits. Von verschiedenen Seiten wurde die Befürchtung geäußert, daß Gemeinden mit Rücksicht auf die Bautätigkeit des Reiches ihre eigene Bautätigkeit entsprechend einschränken würden, und daß

dadurch die Zufälligkeit der Maßnahmen des Reiches gefährdet werden könnte. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb die Länder ermahnt, dieser Frage ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen und erklärt, daß, falls gegen den Grundlag der Zufälligkeit im Einzelfalle verstoßen würde, sämtliche für die betreffende Gemeinde oder den betreffenden Bezirk gewählten Reichsbauarlehen zurückgezogen würden.

Wolf Dirth's Flugzeug beschlagnahmt.

Newport, 18. Aug. Der deutsche Flieger Wolf Dirth, der infolge ihm von der amerikanischen Verwaltung gemachter Einflugschwierigkeiten geplanten Überflug hatte abgelehnt, ist auch in den Vereinigten Staaten mit den Verwaltungsbehörden, allerdings ohne eigenes Verschulden, in Konflikt gekommen. Die amerikanische Regierung hatte ihm aufgegeben, auf dem Flugfeld von Kanab die erste Landung in U.S.A. auf dem Flugfeld von Maloney vorzunehmen, an dort die notwendigen Zollformalitäten zu erledigen. Dirth überflog auch weisungsgemäß den Flugfeld, nahm aber die Warnzeichen des Flugfeldpersonals als Signal, daß die Landung dort unangebracht sei. Er landete deswegen in Sonoma. Wenn die Vereinigten Staaten ihre Weisung streng durchführen, kann das Flugzeug Dirth's beschlagnahmt und ihm selbst eine Geldstrafe auferlegt werden. Außerdem hat Dirth die Einwanderungsbestimmungen übertreten, indem er den deutschen Pass mit sich führte. Die Grenzschutzbeamten haben die Einwanderungsschwierigkeiten zwischen Dirth und den Behörden in Washington die Angelegenheit entschieden haben.

Der Preis für das Ostloarno.

Paris, 18. Aug. Mit der Frage des Danziger Korridors beschäftigt sich in der „Volonté“ der Schriftsteller Ernest Dubé. Er schreibt: Wenn Polen, als es die kostspielige Anlage des Danzener Kanals in Angriff nahm, sich nicht vorweg von militärischen Erwägungen statt von wirtschaftlichen leitete, und wenn das wirtschaftliche Problem nicht durch militärische Fragen verdrängt worden ist, wäre es gut daran, sich nach den Erfahrungen anderer umzusehen; das System, mit dem die Tschechoslowakei sich begnügt, und bei dem sie sich wohl befindet, indem sie den ihr zugebilligten Freiheiten in den Danziger Gewässern benutzte, würde aus den politischen Gesichtspunkten der Welt, die weder den wahren Verhältnissen, noch unseren Interessen entspricht. Das ist eine der Maßnahmen, die das 2. Memorandum Briand's sicher nicht unbeachtet lassen wird, auch dem Ostloarno muß man den Preis für das Ostloarno erlegen.

4/20 PS.
Opel-Cabriolet, neuestes Modell, preiswert zu verkaufen.
 Anfragen unter Nr. 130 an die „Enztaler“-Geschäftsstelle.
Rot- und Weißwein offen und in Flaschen
E. Lindemann
 Neuenbürg, Tel. 191.

Die Württ. Staatliche Kunstgewerbeschule Stuttgart
 beginnt das Winterhalbjahr am 15. Oktober 1930.
 Näheres siehe Staatsanzeiger vom 14. August 1930 Nr. 188.
 Neuenbürg, den 18. August 1930.
 Oberamt:
 S. B. Dr. Eckert, Regierungsrat.

Zwangsvollstreckung.
 Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Rotensol belegenen, im Grundbuch von Rotensol, Heft 1, Abteilung I Nr. 1, 2, 5, 6, 7, 9, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Hermann Pfeiffer**, Köhleswirt in Rotensol, eingetragenen Grundstücke: gemeinderätlich geschätzt am 22. Juli 1930 zu
 Geb. Nr. 23, 23a u. b Wohnhaus, Scheuer, Saalbau, Holzremise, Gartenhaus und Hofraum oben im Dorf an der Dorfstraße 8 a 40 qm 20 000 RM.
 die Zuhörden (Wirtschaftsinventar) 350 „
 Parz. Nr. 73/2 Baumwiese oben im Dorf an der Dorfstraße 17 a 01 qm 1 200 „
 Parz. Nr. 340 Acker und Wede im Muttertal 71 a 63 qm 4 000 „
 Parz. Nr. 91 Acker in Hanfendächern 33 a 30 qm 1 500 „
 Parz. Nr. 72/1 Wiese im Wiesenrain 3 a 95 qm 150 „
 Parz. Nr. 92/1 Acker in Hanfendächern 15 a 76 qm 1 000 „

Dienstag den 7. Oktober 1930, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathaus in Rotensol versteigert werden.
 Der Versteigerungsvermerk ist am 21. März 1930 in das Grundbuch eingetragen.
 Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
 Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
 Herrenalb, den 11. August 1930.
 Kommissär: Bezirksnotar Kemmler.

Hochzeits-Karten
 liefert rasch und preiswert
 die **E. Nech'sche Buchdruckerei.**

Zwangsvollstreckung.
 Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Bernbach belegenen, im Grundbuch von Bernbach, Heft 91, Abteilung I Nr. 2, 3, 4, 5, 6, 9, 10, 11, 12, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Wilhelm Knüller**, Maurer, und seiner Ehefrau **Marie Knüller**, geb. Federmann, in Bernbach, Gesamtgut der Ertragschaftsgemeinschaft, eingetragenen Grundstücke: gemeinderätlich geschätzt am 5. Juli 1930 zu
 Parz. Nr. 1201 Acker auf der Schmidt 8 a 21 qm 400 RM.
 Geb. Nr. 103 (81) Wohngebäude mit Scheuer und Hofraum unten im Dorf am Hardtkopfweg 2 a 25 qm 6 000 „
 Parz. Nr. 6/1 Garten unten im Dorf am Hardtkopfweg 8 a 72 qm 300 „
 Parz. Nr. 1525 Acker, obere lange Recker 13 a 91 qm 500 „
 Parz. Nr. 1642 Acker in der Hessel 3 a 62 qm 50 „
 Parz. Nr. 410/1 Wiese im Hohentot 16 a 30 qm 290 „
 Parz. Nr. 410/2 Holzwiese im Hohentot 6 a 53 qm 10 „
 Parz. Nr. 350/2 Wiese auf dem Aschenbuckel 16 a 32 qm 300 „
 Parz. Nr. 1131/1 u. 2 Acker auf der Schmidt 7 a 65 qm 200 „

am Freitag den 10. Okt. 1930, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathaus in Bernbach versteigert werden.
 Der Versteigerungsvermerk ist am 20. Juni 1930 in das Grundbuch eingetragen.
 Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
 Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
 Herrenalb, den 16. August 1930.
 Kommissär: Bezirksnotar Kemmler.

Zwangsvollstreckung.
 Im Wege der Zwangsvollstreckung wird am Mittwoch den 20. ds. Mts. in Herrenalb nachmittags 7 Uhr öffentlich gegen bar
 1 Fahrrad, 1 älteres Faß, 1 goldene Uhr versteigert. Zusammenkunft im Amtszimmer der Gerichtsvollzieherstelle.
 Gerichtsvollzieherstelle: Mabel.

Im Kampf gegen Krankheit und Siechtum
 durch die Radium-Hochfrequenz-Bestrahlung mit ihren wunderbaren Heilerfolgen, welche die ganze Welt in Staunen setzen, findet, des vorliegenden Interesses wegen, diese Woche **täglich abends 8 1/2 Uhr in Neuenbürg, Gasthof zum „Bären“** Beratung, Vorführung und Anleitung statt.
 Anmeldung für Behandlung und Bestellungen sind zu richten an: **Heilanstalt für Radium-Hochfrequenz-Bestrahlung, A. Lützenkirchen, Tel. 4001, Pforzheim, Metzgerstr. 14.**

Naturweine,
 Riersteiner von Mk. — 80 an, sowie alle verwandten Getränke sehr billig. Fordern Sie Preisliste. Vertreter gesucht.
Weingut Albert Raab, Rierstein a. Rh.
 Weltberühmter Weinbauort!

Neuenbürg.
 Bestellungen auf erstklassige, gelbschlechtige
Kartoffeln
 zu billigem Tagespreis, ins Haus geliefert, nimmt entgegen **Max Wagner, Metzgerer, „Krone“.**
Reißzeuge, jeder Preislage empfiehlt die **E. Nech'sche Buchhandlung.**

Calmbach.
 Zu verkaufen eine hochträgliche
Kuh- und Fahrkuh.
 Calwer Straße 253.

Herrenalb.
 Von morgen früh 8 Uhr an gibt **Reinhold Bühler**, Landesprodukte, 1 Waggon **Kartoffeln**, Lauffener Qualität, Zentner zu Mk. 5.—, ab.

Stadelmann's
Photo-Atelier
 Birkenfeld
 Zweiggeschäft Neuenbürg
 Sonntags von 11—1 Uhr
 Mittwochs von 1—4 Uhr
 Anmeldung erwünscht

Birkenfeld.
 Suche bis Ende Oktober
 christlichen, braven
Jungen,
 der das Bäckerhandwerk erlernen will.
Fritz Schable, Bäckermstr.
 Telefon 4928.

Höfen a. E.
 Ich nehme die Beleidigungen gegen Familie **Dürr** zurück.
M. Mettler, Wm.